

# Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur  
Herrn A. Auer, Auerbach  
Verlags- und Druckerei  
Herrn A. Auer, Auerbach  
Königsplatz 11  
Auerbach

Abonnementpreise: Durch unsere Posten frei ins Haus monatlich 2.50 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 2.00 Mark. Bei der Post bezahlt vierteljährlich 6.50 Mark, monatlich 2.00 Mark. Erhöht täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme des Sonntags und Feiertagen. Unsere Zeitungsverkäufer und Ausgehenden, sowie alle Postverkäufer und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die Abendspaltens Beilagen oder deren Raum für Anzeigen aus Auer und dem Bezirk Schwarzenberg 20 Pf., sonstige Anzeigen 25 Pf., Kleinanzeigen 2. — Mark. Bei größeren Abzügen entsprechender Kanon. Anzeigenannahme bis 12 Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 112.

Dienstag, den 17. Mai 1921.

16. Jahrgang.

## Das Wichtigste vom Tage.

Irland wird wahrscheinlich am kommenden Donnerstag sofort nach dem Zusammenritt der Kammer eine Erklärung über das Londoner Abkommen abgeben.

Die nächste Sitzung des obersten Rates wird wahrscheinlich in Ostende stattfinden. Auf der Tagesordnung wird in erster Linie die oberösterreichische Frage stehen.

Der Kongress der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Kräfte beschloß mit 563 gegen 7 Stimmen den Beitritt zur dritten Moskauer Internationale.

Am Sonnabend um Mitternacht haben Sinnfeiner einen Feldzug zur Terrorisierung von London begonnen. Seit mehreren Tagen geht das Gerücht, daß eine von Dublin ausgehende Verschwörung einen Feldzug des Verbrechens in London plane.

## 26 vom Hundert.

Der Verband hat uns eine Abgabe von 26 vom Hundert der gesamten Ausfuhr auferlegt. Es ist uns dabei die Freiheit gelassen worden, wie wir diese Abgabe auf die einzelnen Waren verteilen wollen. Das Ergebnis soll aber in allen Fällen sein, daß wir 26 vom Hundert des Wertes der Gesamtausfuhr an den Verband abführen. Berechnungen auf der Grundlage, wie hoch die Ausfuhr vor dem Kriege war, und wie hoch sie gegenwärtig ist, sind an sich zwecklos. Selbst wenn wir annehmen, daß die Ausfuhr im Jahre 1921 die Summe von sechs Milliarden Goldmark erreichen wird, ist damit für die Wiederherstellung und für die Zukunft nichts gewonnen. Zunächst ist zu sagen, daß die Ausfuhr kein Gradmesser für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes ist. Sie kann es sein, sie muß es aber nicht sein. In Betracht kommt vielmehr der ganze wirtschaftliche Aufbau. Wenn Deutschland über alle Rohstoffe verfügt, wenn es überhaupt keine Einfuhr notwendig hätte, dann wäre vielleicht die Ausfuhr an sich ein Geschäft. Aber auch nur vielleicht. Es kommt ganz darauf an, unter welchen Bedingungen wir auf den Auslandsmärkten verkaufen können. Nun sind wir von der Einfuhr von Rohstoffen und Nahrungsmitteln nicht unabhängig. Rohstoffe, die wir unbedingt für unsere Wirtschaft gebrauchen, sind Baumwolle, Eisenröhren, Wolfram, Zink, Hanf, Flach, Rohseide, Kunststoffe usw. Auch unsere Nahrungsmittelbedürfnisse sind kurz. Wir müssen Getreide, Fett, Fleisch und Hülsenfrüchte einführen. Die Rechnung steht also so, daß wir mit dem Wert der Ausfuhr die unbedingt notwendige Einfuhr bezahlen müssen. Nehmen wir an, daß wir die gesamte Auguseinfuhr abzurufen vermögen, so bleibt dann immer noch ein Einfuhrwert übrig, der höher ist, als unsere Ausfuhr sein kann. Wir müssen andere Mittel als die Ausfuhr nicht mehr zur Verfügung haben. Im Ausland angelegte Kapitalien, die Zinsen tragen, sind nicht mehr da. Ebenfalls können wir das überseeische Frachtgeschäft unserer Handelsflotte für uns fruchtbar machen. Wir haben keine Handelsflotte mehr. Auf der anderen Seite ist unser Bedarf an ausländischen Rohstoffen beträchtlich gestiegen. Nicht deshalb, weil unsere Erzeugungskraft sich verdoppelt hat, sondern weil wir seit Jahren von den Auslandsmärkten abgekoppelt waren. Allein selbst im günstigsten Falle können wir nicht soviel Rohstoffe im Jahre einführen wie vor dem Kriege, weil uns die Zahlungsmittel fehlen. Der Wert der Ausfuhr reicht zur Deckung nicht aus. Wenn wir von dem Wert dieser Ausfuhr noch 26 vom Hundert abgeben sollen, so müssen wir die Mittel anderweitig zu beschaffen suchen. Wir sind gar nicht in der Lage, den Wert der Ausfuhr um den Zuschlag zu erhöhen, und zwar deshalb nicht, weil die Preise auf den Auslandsmärkten nicht von uns festgesetzt werden. Wir haben mit dem schärfsten Wettbewerb zu rechnen, um so mehr, als die Industrialisierung selbst jener Staaten wächst, die bisher nur Rohstoffe lieferten. Es ist wahrscheinlich, daß wir unsere Erzeugnisse im Ausland mit Erfolg nur dann absetzen vermögen, wenn wir die Preise werfen.

Den deutschen Erzeugern zuzumuten, die Abgabe zu tragen, geht nicht an, weil die dabei unvermeidlich entstehenden Verluste bald das gesamte Produktionskapital aufgezehrt haben würden. Das will nach der Verband nicht. Allein der Ausweg, den er uns vorschlägt, ist noch weniger gangbar. Das Reich soll den Erzeugern, die Waren ausführen, den Schaden vergüten. Wieder steht das die Erhöhung der Reichseinkommen durch Steuern und Gebühren voraus. Diese Steuern und Gebühren müssen aber von der gesamten Wirtschaft getragen werden, also auch von den Erzeugern der Ausfuhrgegenstände. Mit anderen Worten: der innere Verbrauch wird unverhältnismäßig überlastet. Nehmen wir einmal an, daß die besonders ausfuhrfähigen Waren rund 50 vom Hundert als Abgabe tragen müssen, weil wir 26 vom Hundert belasten können. Diese besonders ausfuhrfähige Ware wird aber auch

stark im Inland gebraucht, weil es sich vielleicht um Erzeugnisse der chemischen und elektrotechnischen Industrie handelt. Selbsttätig folgt daraus, daß die Preise im Inland entweder um 50 vom Hundert ansteigen müssen, oder aber daß ein anderweitiger Abbau der Herstellungskosten, z. B. der Arbeitslöhne, zu erfolgen hat. Das bedeutet, daß unser allgemeiner Verbrauch sich senken muß, daß wir nur noch das Notwendigste für uns anzuschaffen vermögen. Die Wirtschaft schrumpft ein, nicht nur nach innen, sondern auch nach außen. Dabei ist noch garnicht einmal berücksichtigt, daß internationale Wirtschaftskrisen die Preisverhältnisse umgestalten und beeinflussen. Schrumpft unser Inlandsverbrauch ein, so entfällt damit die Möglichkeit oder wenigstens die Wahrscheinlichkeit, die zwei Milliarden Goldmark zu leisten, die uns unabhängig von der Ausfuhrabgabe auferlegt sind. Wir müssen versuchen, durch Entzug und Entbehrung, durch Verstärkung der Arbeitsleistung die verlangten Summen aufzubringen. Jedenfalls wird eine außerordentliche Verstärkung der Arbeitsleistung nicht zu umgehen sein, selbst um den Preis des Verzichtes auf den grundsätzlichen Lichtfundament.

## Fair play in Oberschlesien.

Lloyd George hat schon oft enttäuscht Seine Wandlungsfähigkeit hängt an, Irdischkeitlich zu werden. Aus dem radikalen Politiker, der vor dem Kriege für Völkerverständigung und Annäherung an Deutschland eintrat, ist während des Krieges der Führer der Kriegspartei, der Organisator des Krieges gegen Deutschland geworden; nach dem Friedensschluß bekannte sich Lloyd George einmal zu der richtigen Auffassung, daß kein einzelner und kein Land allein für den Krieg verantwortlich, sondern die Welt in den Krieg hineingetaumelt sei, und auf der Londoner Konferenz behauptete er wieder, daß Deutschland allein die Schuld am Kriege trage und deshalb allein für die Wiedergutmachung aufzukommen habe. Nach diesen Erfahrungen haben wir uns abgemöhnen müssen, auf sein Wort zu vertrauen. Wir wissen: er kann auch anders. Sollen wir deshalb auch die Rede über Oberschlesien, die Lloyd George am Freitag im Unterhaus hielt, als Symptom einer vorübergehenden Umwandlung von Gerechtigkeit einschätzen? Oder dürfen wir in diesem Falle seinen Worten größeres Gewicht beimessen? Wenn Lloyd George in dieser Rede nur moralische Gründe angeführt hätte, so möchte man misstrauisch sein. Aber er hat es nicht nur ausgesprochen, sondern auch die innere Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß in seiner Stellungnahme zum Austritt der Polen in Oberschlesien die Forderungen der Gerechtigkeit sich mit den wirklichen, wirtschaftlichen Interessen Englands vollständig decken. Und deshalb, weil er selbst hier alle Sentimentalität, alle Rücksichten auf Ru- oder Abneigung, ausschaltet und die Sorge um das Wohl der ganzen industriellen Welt, also auch der seines eigenen Landes, in den Vordergrund stellt, darf man mit Sicherheit annehmen, daß er entschlossen ist, den Standpunkt, zu dem er sich jetzt bekannt hat, auch wirklich ernsthaft zu vertreten. Und das kann für die Zukunft Oberschlesiens von großer Bedeutung sein.

Fair play fordert Lloyd George für Oberschlesien. Unfair, sagt er — und damit verurteilt er Frankreichs Politik so scharf, wie es unter Verbündeten nur möglich ist —, unfair ist es, Deutschland zu verbieten, mit seinen eigenen Truppen an der Wiederherstellung der Ordnung in Oberschlesien teilzunehmen. Und England kann, was auch immer sich ereignen mag, ein fait accompli, eine vollendete Tatsache, wie sie die Dardanellenkämpfe schafften, nicht anerkennen. Dies ist, in aller Kürze, der Standpunkt Englands, wie ihn Lloyd George umschrieb. Ob der Oberste Rat ihm folgen wird, wissen wir nicht. Frankreich wird jedenfalls widersprechen. Italien, dessen Truppen mit anerkannter Tapferkeit für Recht und Ordnung in Oberschlesien gekämpft haben, hat erklärt, daß es nur im Einvernehmen mit seinen Verbündeten handeln wolle; wie? bleibt fraglich. Aber nachdem England seine Auffassung klar festgelegt hat, ist es nicht unwahrscheinlich, daß Italien sich England anschließen wird. Japan wird kaum auf Frankreichs Seite treten. So scheint es, als ob Lloyd Georges Meinung im Obersten Rat durchdringen wird. Die Folge würde sein, daß es der deutschen Reichsregierung gestattet wird, deutsche Truppen nach Oberschlesien zu entsenden, und daß die Entscheidung über die Zukunft Oberschlesiens, ohne Rücksicht auf die Korfanthlinie, allein nach dem Ergebnis der Abstimmung auf Grund des Versailler Vertrages getroffen wird. Diese Erwartungen dürfen wir jetzt hegen, nicht weil Lloyd George so gesprochen hat, sondern weil er, weil England erkannt hat, daß in diesem Falle die Entscheidung nach Recht und Billigkeit in Englands eigenem Interesse liegt.

## Irland gegen Lloyd George.

Irland hat sich als Antwort auf die Rede Lloyd Georges einem Vertreter des Temps gegenüber geäußert. Aus seinen Äußerungen ersieht man, in welcher Verlegenheit sich Irland angesichts der Rede Lloyd Georges befindet. Er mag nicht, seinem englischen Kollegen offen entgegenzutreten, sondern verweist nur auf die noch nicht fertiggestellten Berichte der Kommit-

tare in Oberschlesien und verbietet im übrigen die Wahrscheinlichkeit in der bei ihm bekannten Weise. Dabei entwirft sich Irland nicht, die als Unwahrheit erwiesene Behauptung deutscher Falschmeldungen nochmals zu wiederholen. In einer deutschen Protestnote wird zum zweiten Male klargestellt, daß die französisch-polnische Darstellung der Lage in Oberschlesien und der Ursachen des Aufstandes gefälscht, und daher die Behauptungen der bekannten Antwortnote Irlands auf Schwindel beruhen.

## Frankreichs Abgabe auf eine englische Einladung.

Die Agence Havas meldet, die englische Regierung habe durch ihren Botschafter Irland eine Note über die Ereignisse in Oberschlesien überreicht, in der Lloyd George um eine baldige Zusammenkunft mit Irland gebeten habe. Irland habe erwidert, daß er über diese Sache nicht verhandeln könne, bevor er mit dem Parlament Rücksprache genommen habe. Die Kammer soll nächsten Donnerstag ihre Arbeiten aufnehmen.

## Polnische Wut gegen England.

Die Warschauer Presse äußert sich in maßloser Erbitterung zu der Rede Lloyd Georges über Oberschlesien. Gazeta Poranna führt in einem Leitartikel aus, Lloyd George sei in allen polnischen Fragen, ob Galizien, Wlasy, Wina oder Danzig, Polens Feind gewesen. Nicht Polen, sondern Lloyd George breche den Versailler Vertrag. Seine Äußerungen über Teilnahme deutscher Truppen bei der Wiederherstellung des Aufstandes in Oberschlesien kämen einer direkten Aufforderung an Deutschland zum Einmarsch gleich. Polen müsse einen Krieg mit Deutschland nicht, aber in diesem Falle müsse die Regierung aus ihrer passiven Neutralität heraustreten. Kurier Poranny nennt Lloyd Georges Rede unerhört. Der Tagesplauderer der Rozmowa verhöhnt Lloyd George, der Schlesien, Galizien und Bukowina nicht unterscheiden könne. Preußen müsse Lloyd George zum Ehrengeneral der Reichswehr ernennen.

## Die Entente in Gefahr?

### Die englische Presse unterstützt Lloyd George.

Die gesamte Londoner Presse befaßt sich einmündig mit den durch die oberösterreichische Frage geschaffenen Meinungsverschiedenheiten zwischen den alliierten Regierungen, insbesondere zwischen Frankreich und England. Times überschreiben ihre Ausführungen: Die Entente in Gefahr. Daily Telegraph erklärt, in den Mäuten der alliierten Mächte herrsche eine ernste Spannung. Daily Express sagt, die englisch-französischen Beziehungen seien so schlecht wie nie seit Fachoda, und erwähnt die Möglichkeit eines endgültigen Bruches. Daily Chronicle spricht von akuten Meinungsverschiedenheiten zwischen der britischen und französischen Regierung und hofft, daß diese überbrückt werden. Außer Morning Post, die Lloyd George sehr heftig angreift und ihm vorwirft, daß seine polenfeindliche Politik ihm von seinen jüdischen Ratgebern eingegeben sei, stimmen alle Blätter, selbst Daily Herald, Lloyd Georges Politik gegenüber Polen zu. Begierter Blatt erklärt, Lloyd George, der bisher an den Hoffnungen der französischen Regierung geknüpft habe, setze endlich auf eigenen Füßen. Daily Express fordert zur Unterstützung Lloyd Georges auf und erklärt, Frankreich könne nicht Europa beherrschen. Die polnische Ungelegenheit dürfe nicht triumphieren. Daily Express gibt Deutschland den Rat, sich ruhig zu verhalten in der Gewissheit, daß ihm strenge Gerechtigkeit widerfährt und daß sich die Polen hinter ihre natürlichen Grenzen zurückziehen müssen. Der Parlamentsberichterstatter des Daily Express schreibt, das britische Kabinett stehe einmütig hinter Lloyd Georges Erklärung im Unterhaus über die oberösterreichische Frage. Im Leitartikel führen Times aus, Lloyd George habe am Freitag nicht gesagt, daß man es Deutschland gestatten solle, in Oberschlesien auf eigene Faust die Ordnung wieder herzustellen. Das Blatt ist der Ansicht, ohne Wiederherstellung Polens sei ein dauernder Friede in Europa unvorstellbar. Polen müsse im eigenen Interesse endlich den Versailler Vertrag beobachten. Times sind der Ansicht, nicht wiedergutzumachender Schaden könne der Lage des europäischen Friedens und daher auch Frankreich zugefügt werden, wenn die Schwierigkeiten einer oberösterreichischen Regelung als Vorwand für eine Besetzung des Ruhrgebietes oder anderer Teile Deutschlands benutzt würden.

## Ein lehrreicher Vergleich.

### Das Deutschland von 1871, das Frankreich von 1921.

Am 12. Mai 1871, genau vor 50 Jahren, wurde im Hotel Sadow in Frankfurt a. M. der Friede zwischen Frankreich und Deutschland unterzeichnet. Die Zeitungen brachten darüber damals folgende Meldung: Kaiser Wilhelm das Friedensinstrument 2 1/2 Uhr von dem Fürsten Bismarck, sowie von deutschen und französischen Bevollmächtigten unterzeichnet worden war, vereinigten sich diese zu einem Gabelstreich im Sadow das bis gegen 4 1/2 Uhr währte. Die Herren Favre und Huber Quartier verließen darauf das Hotel und fuhren, von dem zahlreich auf dem Steinweg versammelten Publikum ehrfürchtig begrüßt, nach dem Hotel de Russie. In der Gesellschaft bei Oberbürgermeister Mumm in Frankfurt erklärte Bismarck, es sei wohl möglich gewesen, nach weitere 30 bis 35 Millionen von den auf die